

Aktionsplan Inklusion und Demographie (Landkreis Regensburg)

Ort: Landratsamt Regensburg, Kleiner Sitzungssaal

Datum und Uhrzeit: 15.06.16, 17:00 Uhr

2. Treffen Arbeitsgruppe Mobilität und Barrierefreiheit

Teilnehmer

- Beiderbeck, Rosemarie
- Bleistein, Dietmar (Landratsamt Bauamt)
- Dirschl, Armin (Bürgermeister Gemeinde Köfering)
- Eisner, Corina (Landratsamt Regensburg)
- Faltermeier, Thomas (TÜV Süd)
- Fink, Elisabeth (Caritas Schwangerschaftsberatung)
- Forster, Edeltraut (Behindertenbeauftragte Stadt Wörth an der Donau)
- Gartner, Natalie (Landratsamt Bauamt)
- Groß, Julia Maria
- John, Michael (BASIS-Institut GmbH)
- Kühn, Peter (BASIS-Institut GmbH)
- Meyer, Reinhard (Verkehrswacht R)
- Mooser, Karl (Landratsamt Sozialabteilung)
- Pichlmeier, Rudolf (BBSB Regensburg)
- Reinwald, Christian (Regensburger Werkstätten / Inklusionsbeauftragter Markt Lappersdorf)
- Remling, Karl (Landratsamt Verkehrswesen)
- Riepl, Christoph (Landratsamt Regensburg)
- Schmidt, Julia (Landratsamt Regensburg)
- Schmitt, Peter (KJF Regensburg)
- Spreitzer, Wenzel (Bezirksverband Gehörlosen Oberpfalz e.V.)
- Stiebling, Karl (vdk)
- Weigl, Josef (Regensburger Verkehrsverbund GmbH)

Tagesordnungspunkte:

1	Begrüßung durch Herrn Mooser	2
2	Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John.....	2
3	Diskussion	2
4	Verabschiedung	9

1 Begrüßung durch Herrn Mooser

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Herr Mooser, Sozialabteilung LRA, alle TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe Mobilität und Barrierefreiheit und bedankt sich für deren Erscheinen. Anschließend gibt er das Wort an Michael John, Geschäftsführer des projektbegleitenden BASIS-Instituts, weiter.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John

Michael John reflektiert kurz die Arbeit der letzten Sitzung, in der ein Protokoll erstellt wurde, welches als Grundlage für die Handlungsempfehlungen dient. Die auf Grundlage des letzten Protokolls vorformulierten Maßnahmen sollen besprochen und systematisch durch die Teilnehmer ergänzt werden. Zuletzt werden Zieldefinitionen besprochen. Bis zur nächsten Sitzung soll dann ein Entwurfstext von etwa 6-10 Seiten erarbeitet werden. Dort sollen auch Ergebnisse aus der vom BASIS-Institut durchgeführten Befragung von Menschen mit Behinderung (MmB) einfließen. Dieser Entwurfstext wird den Teilnehmern eine Woche vor der nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.

3 Diskussion

- Gestaltung individueller Mobilität - Zuschuss für ein Auto und Erlangung eines Führerschein

Herr John stellt die erste Handlungsempfehlung, die Gestaltung individueller Mobilität und die Zuschuss für ein Auto und Erlangung eines Führerscheins für Menschen mit Behinderung zu fördern, vor. Herr Weigl vom Regensburger Verkehrsbund GmbH stellt die Frage in den Raum, wer denn den Zuschuss finanzieren sollte. Damit stellt er die Frage der Zuständigkeit. Herr John verweist grundlegend auf die Zuständigkeit auf Bundesebene.

- Gestaltung individueller Mobilität - bürgerschaftliche Fahrdienste und
- Gestaltung individueller Mobilität - Mobilitätshilfe

Im Zusammenhang mit der zweiten Handlungsempfehlung stellt Herr John das Projekt „Mobilfalt“ des NVV (Internetadresse im Anhang) vor, welches in der Art einer

Mitfahrgelegenheit organisiert ist. In diesem Sinne, so Herr John, solle der ÖPNV ergänzt und nicht ersetzt werden. Es steht also thematisch die Nahversorgung, insbesondere im ländlichen Raum zur Diskussion. Frau Forster, Behindertenbeauftragte der Stadt Wörth an der Donau findet das Konzept gut, stellt aber zur Diskussion, wer das koordinieren soll. Herr John erwidert, dass es über den Verkehrsbund geregelt werden müsse. Man könne alle Informationen bezüglich Mobilität vernetzen: Bahn, Bus und „Mitfahrgelegenheit“ bündeln, damit der Nutzer auf einen Blick alle Möglichkeiten vor sich hat. Herr Weigl gibt zu bedenken, dass es Projekte in diese Richtung, wenn auch weniger umfassend, bereits vor Ort gibt, welche man ausbauen und besser an den ländlichen Raum anpassen müsse. Die App des Nahverkehrs müsse um die Möglichkeiten der „Mitfahrgelegenheit“ ergänzt werden. Er berichtet, dass der Regensburger Verkehrsbund bereits in diese Richtung unterwegs sei. Herr John unterstreicht, dass die Akteure und die Politik besser zusammenarbeiten müssten, um mögliche Lösungen zu diskutieren. Herr Remling von der Abteilung Verkehrswesen des Landratsamtes gibt zu bedenken, dass diese „ergänzenden Konzepte“, wie Mitfahrgelegenheiten, auch eine Konkurrenz für den ÖPNV darstellen würden. Herr Weigl unterstreicht erneut, dass es sich um eine gute Sache handle, man müsse aber natürlich auch rechtliche Fragen prüfen, Stichwort Personenbeförderungsschein, und die ganze Sache bis zu Ende durchdenken. Herr John bestätigt die rechtlichen Probleme, betont aber, dass es im ländlichen Raum dringend ergänzende Modelle dieser Art geben müsse, um den ÖPNV zu ergänzen und zu entlasten.

Herr John macht im Anschluss auf das Symposium am 25.07. aufmerksam, welches sich mit dem Thema Wohnen näher befasst. Dabei wird auch die Seniorengenossenschaft Riedlingen (Internetadresse im Anhang) vorgestellt.

Aus der Runde kommt die Feststellung, dass Sammeltaxis ja auch eine Rolle spielen könnten. Für Gehörlose sei das ein Problem, da diese ein Sammeltaxi nicht telefonisch kontaktieren können, da wäre eine App besser, um ein Taxi oder eine Mitfahrgelegenheit zu kontaktieren.

Herr Weigl spricht an, dass die Bauleitplanung mit dem ÖPNV zusammenarbeiten müsse um zusammen zu planen. Damit steht die Frage im Raum, inwiefern sich die Bebauung an der vorhandenen Infrastruktur orientieren sollte. Herr John erwähnt ein Beispiel aus dem Landkreis Haßberge, in dem ein Dorf das Leben durch die Bebauung wiederbelebt hat und dadurch die Infrastruktur gefestigt wurde. Herr Weigl betont, die bauliche Planung müsse sich an der vorhandenen Infrastruktur orientieren und nicht andersherum. Herr Reinwald von der Lebenshilfe stimmt Herrn Weigl zu. Er berichtet

von einem Projekt in Lappersdorf, bei dem die Bebauung an den Verkehrsachsen orientiert war. Der ÖPNV könne schließlich nicht alles erschließen. Herr Reinwald wirft auch das Thema der Finanzierung ein. Herr John macht auf ein Beispiel aufmerksam, welches am 25.07. im Symposium Wohnen präsentiert wird. Herr Streng wird dort ein Positivbeispiel barrierefreien Bauens in einer kleinen Gemeinde in peripherer Lage vorstellen, an dem ebenfalls deutlich wird, wie ebensolche Projekte finanziert werden.

- Anpassung des ÖPNV – Ausstattung der Busse

Herr John macht klar, dass der Landkreis Regensburg, was die Ausstattung der Busse angeht, auf einem guten Weg sei.

Herr Reinwald findet, dass Durchsagen wichtig seien. Herr Meyer von der Verkehrswacht unterstreicht, dass auch die Anpassung der Haltestellen zu beachten sind.

- Anpassung des ÖPNV – Mehrere Rollstuhlplätze in Bussen

Herr John fragt in die Runde, ob das grundlegend umsetzbar sei. Herr Schmidt berichtet, es sei ein großes Problem mit größeren Gruppen von Rollstuhlfahrern im Bus zu fahren. Herr Weigl erklärt, dass sich individuelle Hilfe findet und viele Fahrer auch mehrere Rollstuhlfahrer mitnehmen. Herr Schmidt macht deutlich, dass es bereits mit drei Rollstuhlfahrern ein Problem sei, in einem Bus zu fahren. Herr Faltermeier bringt die Idee ins Spiel, ob Zuschüsse bei Ausflügen von Menschen mit Behinderung die Finanzierbarkeit fördern könnte. Herr Reinwald antwortet darauf, dass man dies bereits täte. Daraufhin gibt Herr John zu bedenken, ob dies nicht der falsche Weg sei. Herr Faltermeier vom TÜV macht deutlich, dass es technisch möglich sei, eine zweite Verankerung (zur Sicherung des Rollstuhls) in den Bussen zu installieren.

- Anpassung des ÖPNV – Rollstuhlgerechte Anbringung der Fahrpläne

Herr John schlägt vor, dass die Behindertenvertreter über die Höhe der Anbringung der Fahrpläne an den Haltestellen eine Empfehlung abgeben sollten. Herr Schmidt plädiert für eine doppelte Lösung (Anbringung auf zwei Höhen). Herr Weigl spricht sich für eine maximale Höhe für die Anbringung der Pläne aus, dies würde ebenfalls für

Kinder Vorteile bringen. In der Diskussion über die Anbringung der Fahrpläne kam es zu keinem einvernehmlichen Vorschlag für eine Handlungsempfehlung.

- Anpassung des ÖPNV – Ausbau der Kommunikation von RVV und Gemeinden

Zur Diskussion steht die Anbringung von Excel-Tabellen in öffentlichen Gebäuden, es besteht in der Runde kein Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Maßnahmenvorschlags.

- Anpassung des ÖPNV – Schaffung barrierefreier Haltestellen für Bahnen und Busse

Herr John stellt klar, dass die Schaffung barrierefreier Haltestellen für Bahnen und Busse eine kommunale Aufgabe sei. Er verweist auf den Landkreis Augsburg, welcher nur Fördermittel vergebe, wenn Haltestellen barrierefrei sind. Herr Weigl erwidert, dass es in Regensburg der Regierungsbezirk sei, welcher 50% Zuschüsse gäbe. Herr John macht auf den Phönix e.V. aufmerksam, welcher durch Ortsbegehungen öffentliche Gebäude als auch Haltestellen beurteile. Der Verein könne in dieser Angelegenheit eine Rolle spielen. Herr John ist überzeugt, am besten könnten Menschen mit Behinderung selbst die Barrierefreiheit von Bushaltestellen prüfen. Man müsse das deutlich in Richtung der Kommunen kommunizieren. Außerdem sollten die „Begehungsgruppen“ nach den jeweiligen Untersuchungen eine Prioritätenrangfolge aufstellen. Aus der Runde kommt der Hinweis, dass der VDK (Internetadresse im Anhang) eine Broschüre herausgegeben hätte, welche als Ratgeber über barrierefreies Bauen von Haltestellen dient.

- Anpassung des ÖPNV – auditive und visuelle Signalisierung von Informationen in Bussen und Bahnen

Zu Beginn wird darauf aufmerksam gemacht, dass Menschen im Rollstuhl mit dem Rücken zur Fahrtrichtung im Bus sitzen. Dabei könnten sie die Anzeige des Haltestellenverlaufs nicht lesen. Deutlich wird, dass sich viele in der Diskussionsrunde in diesem Zusammenhang für mehr bürgerschaftliches Engagement aussprechen (mehr Kommunikation von Menschen mit Behinderung). Dabei geraten jedoch die meisten Menschen an ihre Grenzen, zum Beispiel, wenn Gebärdensprache gefragt ist. Ebenfalls, so Herr Schmidt, sollte die größtmögliche Autonomie von Menschen mit Behinderung gewährleistet sein. Herr Weigl macht erneut auf den auditiven Aspekt

aufmerksam und befürwortet eine automatische Ausgabe der Durchsagen. Aus der Runde werden noch einmal Stimmen deutlich, dass der visuelle Teil ebenfalls eine wichtige Rolle spiele. Herr John unterstreicht, dass es sicher ginge, doppelte Anzeigen anzubringen.

- Einbezug des ÖPNV in Planungsprozesse

Im Planungsprozess (z.B. Ausweisung von Neubaugebieten) muss der ÖPNV berücksichtigt werden. Dort, wo keine ÖPNV-Versorgung in hoher Dichte realisierbar sei, könne man Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung aktuell guten Gewissens nicht realisieren.

- Stärkung der Nahversorgung in kleinen Gemeinden

Herr Weigl plädiert dafür, die Nahversorgung in kleinen Gemeinden im Blick zu halten.

- Öffentliche Gebäude in frühem Stadium barrierefrei gestalten.

Hervorgehoben wird die gut funktionierende „Begehungsgruppe“ des Phönix e.V. Wichtig sei der Einbezug von Menschen mit geistiger Behinderung. In diesem Zusammenhang wurde sich in der Sitzung auf den Begriff „kognitiv beeinträchtigt“ geeinigt.

- Gestaltung des öffentlichen Raums – Einbezug von Menschen mit Behinderung in den Planungsprozess des Landkreises Regensburg und
- Gestaltung des öffentlichen Raums – Einbezug von Menschen mit Behinderung in den Planungsprozess der Kommunen im Landkreises

Neben der Verantwortung des Landkreises und der Kommunen zu barrierefreiem Bauen, wird zusätzlich auf den halböffentlichen Bereich aufmerksam gemacht. So sollen auch Supermärkte oder Ärztehäuser zu barrierefreiem Bauen angeregt werden.

- Gestaltung des öffentlichen Raums – Phönix e.V. als Anlaufstelle
- Bestandsaufnahme und Prioritätenliste für die Schaffung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

Herr John stellt fest, dass Ortsbegehungen von Menschen mit Behinderung zu Lösungen führen. Die Gemeinden sollten diese Idee aufnehmen und durch eine Prioritätenliste abarbeiten. Herr Schmitt plädiert für die Einbeziehung der Bürgermeister und die Weiterleitung des Protokolls an die Gemeinderäte. Aus der Runde wird auch deutlich, dass man den Phönix e.V. nicht überfordern dürfe. Daraufhin verweist Herr John eine „professionellere“ Variante für die Durchführung von Ortsbegehungen aus dem Landkreis München. Ebenfalls gibt es den Hinweis aus der Runde, dass der Denkmalschutz und die Barrierefreiheit rechtlich auf gleicher Ebene stehen würden, und somit, beispielsweise im Falle von Kopfsteinpflaster, der Denkmalschutz nicht automatisch vor der Barrierefreiheit stehe.

- Gestaltung des öffentlichen Raums – Anpassungen für Menschen mit Seheinschränkung

Elektroautos werden mit einem Fahrgeräusch ausgerüstet, um Menschen mit Sehbeeinträchtigung zu schützen. Dies sei nicht nur bei Elektroautos, sondern ebenso bei Straßenbahnen ein Problem.

- Der Einsatz von qualifizierten Doppelquerungen

Doppelquerungen bei Straßenübergängen sollen zum neuen Standard werden.

- Ampelphase verlängern

Es soll die Ampelphase standardmäßig verlängert werden können. Frau Forster macht darauf aufmerksam, dass es bereits Standard sei, dies nur niemand wisse.

- Nachtabschaltung von Ampelanlagen prüfen

Aus der Runde wird deutlich, dass es sowohl für Menschen mit kognitiver Einschränkung als auch bei Sehbehinderung besser sei, wenn die Ampelanlage funktioniert. Es gäbe auch Ampeln, die erst anspringen, wenn sich ein Mensch in der Nähe aufhält. Ebenfalls

sollte man die Straßenlaternen nicht so früh abschalten. Über Bewegungssensoren sei das ebenfalls möglich, das Problem sei nur, dass die Anschaffung erst mal als Hürde zu sehen ist, bis sich die Ausgaben wieder amortisieren.

- Gestaltung des öffentlichen Raums- Anpassung Kopfsteinpflaster

Das Kopfsteinpflaster wird gefugt oder ein neuer barrierefreier Belag – zumindest für die Laufwege - verlegt.

- Gestaltung des öffentlichen Raums – Ausbau des Angebots von Toilettenanlagen für Menschen mit Behinderung

Herr John stellt fest, es müssen barrierefreie Toiletten im öffentlichen Bereich ausgebaut und die Gastronomen mit einbezogen werden. Damit könne eine größtmögliche Versorgung mit barrierefreien sanitären Anlagen geschaffen werden.

Herr John fragt die Runde, ob es noch Ergänzungen zum Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum gäbe. Herr Reinwald gibt zu bedenken, dass auch die Antragsstellung, Internetseiten der Gemeinde und Formulare barrierefrei sein sollten. Ebenfalls sollte es Schulungen für Mitarbeiter von Behörden geben. Herr John erwidert, dass dieses Thema bereits in anderen Arbeitsgruppen behandelt würde. Ebenfalls kommt aus der Runde, dass selbständige Mobilität nicht angesprochen worden sei und diese förderungswürdig ist. Dabei könnten die Fahrerlaubnisbehörde und der TÜV beratend tätig sein.

Herr John macht auf das Thema Wohnen und Barrierefreiheit aufmerksam. Kommunen müssten öffentliche Orte wie Wege und Gebäude prüfen. Beispielsweise müssten öffentliche Schulen barrierefrei ausgebaut sein.

Herr John unterstreicht, dass Bühnen bei Veranstaltungen barrierefrei sein müssten, sodass auch Menschen mit Behinderung uneingeschränkter Zugang zur Bühne besitzen. Herr Weigl spricht sich für das Vorantreiben der allgemeinen Bewusstseinsbildung gegenüber dem Thema Inklusion aus.

4 Verabschiedung

Herr John schließt die Runde, resümiert die Sitzung kurz und bedankt sich für die Anwesenheit der Beteiligten. Herr Mooser schließt seinen Dank an, bedankt sich ebenfalls bei Herr John und seinem Team für die Unterstützung und macht auf die nächste Sitzung aufmerksam.

Für das Protokoll

Peter Kühn
Michael John
BASIS-Institut

ANHANG

Internetadresse zu Aktionsplan Inklusion und Demographie:

https://www.landkreis-regensburg.de/UnserLandkreis/Regionalentwicklung/Regionalmanagement/Inklusion_undDemographie.aspx

Homepage des Sozialverbands VdK:

<http://www.weg-mit-den-barrieren.de/>

Seniorenengossenschaft Riedlingen:

<http://www.martin-riedlingen.de/senioren/seniorenhomepage.htm>

Leitfaden der bayerischen Architektenkammer:

https://www.myhandicap.de/fileadmin/myhandicap_de/web-inhalte/Bauen_Wohnen/Baunormen_und_Gesetze/DIN_18024_Teil_1.pdf

NVV Mobilfalt:

<http://www.mobilfalt.de>